

Haarzopf/Fulerum sagt NEIN

c/o Daniel Reinhardt, Folkersbeck 15, 45149 Essen, Tel. 0173/1877557

E-Mail: haarzopf.fulerumsagtnein@web.de

Vorlage „Städtebauliche Strategie zur Unterbringung von Flüchtlingen 1894/2015/6B“

Stellungnahme der Initiative Haarzopf/Fulerum sagt NEIN

Beschlussfassung der Bürgerversammlung 15.12.2015

Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,

wir, die Haarzopfer und Fulerumer Bürger, unterstützen die Belange, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen schon seit vielen Jahren. Momentan engagieren sich viele Mitbürger in hervorragender Art und Weise in den Unterkünften „Hatzperstr.“ und „auf'm Bögel“.

Eine dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen in Zeltdörfern halten wir auch für eine teure Übergangslösung und befürworten eine Unterbringung von Flüchtlingen in festen Bauten.

Bei der Auswahl der Standorte muss allerdings zwingend darauf geachtet werden, dass wir, die Bürger, diese Standorte auch mittragen können. Weder der Natur – und Landschaftsschutz noch die Belange unserer Landwirte dürfen durch diese Maßnahmen beeinträchtigt werden. Bei einer Bebauung der in der Vorlage vorgesehenen Grundstücke würden wir Frischluftschneisen verlieren, was das Stadteilklima zahlreicher Ortsteile negativ beeinflussen würde. Im Weiteren würden grüne Naherholungs- sowie landwirtschaftliche Nutzflächen versiegelt. Damit würden wir sowohl unsere, als auch die Lebensgrundlage zahlreicher Tiere und Pflanzen zerstören. Dies widerspricht einem nachhaltigen Denken, welches die Stadtverwaltung noch vor Kurzem im Zusammenhang mit der Ernennung Essens zur Umwelthauptstadt 2017 proklamiert hat.

Mit dieser Vorlage unternimmt die Stadtverwaltung den Versuch, die Flüchtlingsproblematik mit Neubauplänen für Wohn – und Gewerbegebiete in Grünlagen zu vermengen.

Entstehen würden ghettoähnliche Viertel, was nicht im Sinne der Integration sein kann, die eine dezentralisierte Unterbringung von Flüchtlingen vorsieht. Bei einem Anteil von ca. 16% an der Gesamtbevölkerung der beiden Stadtteile kann aber von einer dezentralen Unterbringung der Flüchtlinge nicht die Rede sein.

Wir fordern von der Verwaltung folgende Punkte zu veranlassen und in die Vorlage mitaufzunehmen:

- Eine vollständig ausgearbeitete Liste der geprüften Alternativen, wozu auch kleinere Flächen und die Nachverdichtung von bestehender Wohnbebauung gehören
- Überplanung von bestehenden Quartieren
- Die Erfassung und Veröffentlichung aller anfallenden Kosten
- Eine Veröffentlichung, mit welchen Grundstückseigentümern schon verhandelt wurde und wer einer Veräußerung des Grundstücks zustimmt
- Information und Unterstützung von Eigentümer leerstehender Wohn- und Gewerbeimmobilien über die Fördermöglichkeiten des Landes NRW in Bestandsobjekte zur Flüchtlingsbeherbergung.

Wir lehnen es ab, dass Maßnahmen, die durch das Asylpaket zur Verbesserung der Unterbringungssituation für Flüchtlinge beschlossen wurden, offensichtlich von der Stadtverwaltung ausgenutzt werden, um Bauland in Landschaftsschutzgebieten und schützenswerter Landschaft gegen den Willen der Bürger generieren zu können.

Wir fordern den Rat der Stadt auf, am 16.12.2015 die Zustimmung zu o.g. Vorlage zu verweigern.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Reinhardt

Haarzopf/Fulerum sagt NEIN